



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Schweinitz, Wilhelm von: Abriß meiner Haager Berichterstattung : ein
Beitrag zur Geschichte des letzten Kriegsjahres

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Abriß meiner Haager Berichterstattung

Ein Beitrag zur Geschichte des letzten Kriegsjahres

Von Wilhelm von Schweinitz

(vom Herbst 1917 bis Kriegsschluß Militär-Attaché im Haag)

(Fortsetzung aus Heft 47)



In einem Militärbericht vom 24. Oktober 1917 versuchte ich die Frage zu beantworten: Wie denkt die britische Kriegsleitung über ihre Siegesaussichten? „Die britische Kriegsleitung ist mit dem Kriegsausschuß des Kabinetts identisch. Sie besteht aus Lloyd George, Lord Curzon, Bonar Law, Lord Milner, Barnes und Carson. General Smuts ist ihr als Vertreter der Kolonien halbamtlich angegliedert. Ihr militärischer Berater ist der Reichsgeneralstabschef Robertson. Der Arbeitervertreter Barnes spielt keine Rolle. Die übrigen Mitglieder des Ausschusses sind extreme Imperialisten und verkörpern den Willen zum ganzen Sieg. Nach dieser Richtung hin läßt sich der Ausschuß nicht überbieten. Er ist sicher bemüht, die englischen Siegesaussichten nüchtern zu prüfen, wird es aber in der Sachlichkeit nicht weit bringen, weil ihm der Sieg Glaubensartikel ist.

Das Kriegsziel Englands ist die Vernichtung des preußischen Militarismus. Auf deutsch: man will uns als wirtschaftlichen Nebenbuhler endgültig ausschalten. Zur Zeit der Dichter und Denker waren wir wirtschaftlich ungefährlich. Es fehlte die Organisation von Oben. Unter Bismarck und erst recht unter Kaiser Wilhelm II. wurde das anders. Der gegebene Gegenstand des englischen Angriffes ist deshalb die organisierende Zentralstelle des neuen Deutschlands: das preußisch-deutsche Kaisertum. Dessen materielle und moralische Kraft muß so gebrochen werden, daß es als Organisator ausscheidet. Man will also nicht nur die Symptome, sondern auch den Herd der Krankheit, die angeblich an Englands Weltstellung zehrt, beseitigen. Ein Druck, der nicht durchdringt, würde einen verhängnisvollen Gegendruck erzeugen. Deutschlands Heer und Flotte, Welthandel und Kolonien würden wie ein Phönix aus der Asche neu erstehen, wenn das Kraftzentrum, das sie ausstrahlte, den Friedensschluß überdauert. Ein „freies Deutschland“ würde sich durch seine Erbfehler paralyzieren. Man will mithin nicht nur unsere Organisation mit ihren sämtlichen Errungenschaften zerstören, sondern auch unsere Reorganisation für immer unmöglich machen. Das versteht England unter Vernichtung des preußischen Militarismus. Es läßt sich nur durch einen ganzen Sieg erreichen.

Meine Unterlagen für Beurteilung unserer Unterseebootswirkung sind unzulänglich. Es ist erwünscht, daß meine einschlägigen Berechnungen (die dem Bericht beilagen) von orientierter Seite nachgeprüft werden. (Dieser Bitte, die weitergeleitet wurde, ist übrigens nie in ausreichendem Maße entsprochen worden.) Admiral Jellicoe hat gestanden, daß England den Krieg zu Lande gewinnen muß, die Flotte könne der Armee nur sekundieren. Robertson äußerte neulich, England werde den Krieg bestimmt gewinnen, aber — es sei ein ganz großes aber — nur, wenn jedermann in der Heimat seine Pflicht täte. Wie würde er wohl die

Frage beantworten, ob sich zu Lande ein ganzer militärischer Sieg über die Mittelmächte erhoffen läßt? Er könnte etwa ausführen: „Unser Entscheidung suchender Angriff kann sich leider nur gegen die Westfront, die am stärksten ausgebaut und besetzt der deutsch-österreichischen Festung richten. Die Flotte könnte ihn vielleicht in der Nordflanke unterstützen. Die Hoffnung, daß die Westfront durch gleichzeitige Angriffe auf andere Fronten zu wesentlichen Abgaben gezwungen wird, besteht nicht. Frankreich muß Menschen sparen. Mit diesem Grundsatz kann es trotz Kühlmanns Äußerung über Elsaß-Lothringen nicht brechen. Das britische Heer hat seine Höchststärke erreicht. Es läßt sich bestenfalls auf dem Iststand erhalten. An Material erwarten wir Zuwachs. Die deutsche Kriegsindustrie kommt immer weniger mit der englischen mit. Die Möglichkeit, eine Million Unionstruppen nach dem Kontinent zu schaffen, liegt heute noch vor. Die Versorgung einer halben Million ist bis in den Sommer hinein gewährleistet. Länger nur, wenn wir bis dahin des Unterseeboots Herr werden. Daß die Amerikaner mehr als 250 000 Mann herüberschicken, bis dies der Fall ist, glaube ich nicht. Ob aber viel oder wenig Amerikaner auftreten, so werden sie uns nur dabei behilflich sein, die deutsche Front allmählich zurückzudrücken. Dadurch können wir den Deutschen bis zum Herbst 1918 wertvolle Faustpfänder abnehmen. Ein durchschlagender militärischer Erfolg steht jedoch nicht zu erwarten.“

Was der britischen Kriegsleitung für Nachrichten über die übrigen Mitglieder des Verbandes vorliegen, kann ich nur mutmaßen. Besonders gut werden sie nicht sein. Englischer Optimismus mag jedoch an der Überzeugung festhalten, daß sich ihr Zusammenbruch bis über den unserer Verbündeten und vielleicht auch über den Deutschlands hinaus vertagen läßt. Wie steht es aber mit England selbst? Technisch ist sein Durchhalten bis zur nächsten Ernte gesichert. Es handelt sich also um eine Frage der Moral. Ein ganzer Sieg über Deutschland ist nach Ansicht fast aller Engländer mit nichts zu teuer bezahlt. Für einen halben Sieg, der eine verkappte Niederlage wäre, würde man um den Preis feilschen. An den ganzen militärischen Sieg kann der Kriegsausschuß nicht glauben. Das heißt aber nicht, daß er auf den ganzen Sieg verzichtet hätte. Nicht von Heer und Flotte allein, sondern von ihrer Zusammenarbeit mit dem übrigen, was uns bedrängt, verspricht sich der Kriegsausschuß den ganzen Erfolg. Er hält uns für zermürbt. Bei dieser Ansicht wird der Kriegsausschuß auch wohl bleiben. Die öffentliche Meinung in England ist aber zugänglicher. Beweisen wir ihr, in erster Linie durch Vereinheitlichung der inneren Front, daß wir nicht geschlagen sind, so wird sie die Konsequenzen ziehen.“

Als ich diesen Bericht schrieb, war Rußland noch nicht zusammengebrochen. An das Auftreten eines amerikanischen Millionenheeres in Europa glaubte ich damals noch nicht. Obgleich ich bereits mit dem Raub der noch freien neutralen Tonnage rechnete, ergaben die mir vorliegenden Daten die Unmöglichkeit seiner Versorgung auf dem Kontinent. Sie waren eben falsch. Für Amerika hatte ich einen besonderen Hilfsoffizier, der täglich an die Abteilung Fremde Heere berichtete. Über die Organisation und Ausbildung der Amerikaner und später über ihre Transporte waren wir gut im Bilde, was sich aus den Akten im Reichsarchiv beweisen ließe. Meine Annahme, daß das Auftreten noch so vieler Amerikaner an der Westfront sie nur zurückdrücken würde, hat sich übrigens bewahrheitet.

Ihre zwar schneidigen aber laienhaften Massenangriffe führten bei einem Maximum an eigenen Verlusten zu einem Minimum an Erfolg, so daß wenig Lust verspürt wurde, sie zu erneuern. Nur die Einstellung unseres Unterseebootkrieges hat eine Versorgungskrisis verhindert. Die amerikanischen Millionen waren aber unserem Volke auf die bereits stark mitgenommenen Nerven gegangen. Im übrigen bedeuten die Improvisation und der Transport eines solchen Massenheeres eine kapitale Leistung.

Vom 25. bis 31. Oktober 1917 machte ich eine Dienstreise in das Große Hauptquartier und nach Berlin. General Ludendorff hatte mich am 21. Oktober im Hinblick auf die Kanzler-Krisis um eine Äußerung über den Fürsten Bülow erfucht. Ich sprach mich für seine Kandidatur aus, da mir Großadmiral v. Tirpitz für eine Politik der Selbstbescheidung nicht in Frage zu kommen schien. Gleichzeitig erbat ich die Erlaubnis, meinen Bericht durch Vortrag zu ergänzen. Sie wurde mir gewährt, und ich fuhr daraufhin nach Kreuznach. Graf Hertling wurde jedoch zum Reichskanzler ernannt, ohne daß sich die Oberste Heeresleitung zur Sache geäußert hatte. Ihr war „abgewinkt“ worden. Daß sie sich abwinkten ließ, war ein nationales Unglück. Meine Berliner Eindrücke waren außerordentlich unsympathisch.

Sie veranlaßten mich dazu, der Obersten Heeresleitung eine Reform unserer Presseleitung vorzuschlagen. Am 2. November 1917 schrieb ich an P.: „Die englische Presse zeigt dem Ausland eine geschlossene Front. Man liest sie mit dem Reid der Besitzlosen. In- und Auslandspolitik sind nicht mehr zu trennen, auch in- und ausländischer Pressedienst nicht. Die Militärische Stelle beim Auswärtigen Amt und die Kriegspresseleitung arbeiten neben, aber nicht miteinander. Ich halte ihre Vereinigung unter einem gemeinsamen Chef für erwünscht. Da niemand geneigt scheint, diese Frage anzuschneiden, habe ich es hiermit getan. Die neue Kriegspresseabteilung mit den Sektionen In- und Ausland denke ich mir als Stamm eines künftigen Reichspresseamtes.

In Holland hatte ich bei meiner Rückkehr eine unbehagliche Stimmung vorgefunden. Am 2. November 1917 berichtete ich: „Die Niederlande werden von England und Amerika unter Druck gesetzt. Die Frage ihrer Neutralität wird dadurch aktuell. Über die Absichten der Gegenseite sieht man noch nicht klar. Zunächst soll die Riesaufuhr nach Flandern verhindert und die holländische Tonnage in den Dienst der Alliierten gepreßt werden. Darüber hinaus könnte man sich das Ziel gesteckt haben, die Holländer in den Krieg zu drängen, vielleicht im Rahmen eines Programms, die Kategorie der Neutralen verschwinden zu lassen.

Holland ist Janusköpfig. Sein koloniales Gesicht ist England und Japan, sein kontinentales uns zugewandt. Ficht es gegen die Entente, verliert es die Kolonien; gegen uns, das Mutterland. Jenes wäre Bankrott, dies Selbstmord. So lange Holland Wahlfreiheit besitzt, bleibt es infolgedessen neutral. Hieran werden Drohungen und Repressalien nichts ändern. Seine Wahlfreiheit ist aber hin, sobald gelandet oder einmarschiert wird. Dann müßte und würde es kämpfen. Die Frage ist nur, ob pro forma oder ernsthaft. Für ersteres könnte man sich in der Hoffnung entscheiden, die janusköpfige Politik trotz allem fortzusetzen. In Handelskreisen scheint man dies zu wünschen. Holland verfiel aber damit dem Schicksal Griechenlands. Den maßgebenden Stellen ist zuzutrauen, daß sie

das begreifen. Ich nehme deshalb an, daß Holland der Partei, die sein Territorium schändet, unter Anschluß an die Gegenseite ernsthaften Widerstand leistet.“ Am 5. November 1917 meldete ich: „Der Oberbefehlshaber ist nach Zeeland gereist. Die Bereitschaft des Küstenschutzes wurde erhöht. Man trifft mithin Maßnahmen, um sich gegen einen etwaigen englischen Landungsversuch zu verteidigen. Die Geldkreise sind aber noch ruhig, also unbesorgt. Die maßgebenden Stellen scheinen nicht anzunehmen, daß England die erwartete Unternehmung gegen unsere flandrische Küstenfront auf die Niederlande basiert. Dagegen dürften sie es für nicht ausgeschlossen halten, daß sich bei Durchführung des Angriffs als zweckmäßig herausstellt, den Erfolg gegen den rechten Flügel der Küstenfront zu suchen. Das könnte dann die Engländer zu einer Verletzung der holländischen Neutralität verleiten. Die Maßnahmen in Zeeland sollen verhindern, daß England dieser Verletzung erliegt.“

Am 6. November 1917 schrieb ich einen Militärbericht über die englischen Parteien. Er gehört in dieselbe Serie wie die Berichte vom 24. Oktober über den englischen Kriegsausschuß, vom 20. November über das englische Wirtschaftsamt und vom 26. November über Deutschlands englische und amerikanische Propaganda.

„Das Haus der Gemeinen war ursprünglich keine demokratische Einrichtung. Die ersten englischen Gemeinen vertraten die Oberschicht des Angelsächsentums, während die Lords von den normannischen Baronen gestellt wurden. Auch die späteren M. P.'s waren bis zur Reformbill Junker oder Patrizier bzw. deren Klienten. Jedenfalls gehörten sie alle zur Klasse der gentlemen. Sie besaßen Regierungsinstinkt und waren, obgleich einzeln keine Kirchenlichter, als homogene Körperschaft Träger der englischen Erbweisheit. Die Programme der beiden großen Parteien stellten nur Schattierungen der politischen Weltanschauung dar, die bei der regierenden britischen Kaste traditionell ist. Es wurde deshalb, ob Konservative oder Liberale am Ruder waren, ziemlich derselbe Kurs gehalten. Daß die Parteien sich in fast regelmäßigem Turnus ablösten, hatte seinen Hauptgrund darin, daß die Ministerdynastien der einen die der anderen Partei nicht über eine gewisse Zeit hinaus im Genuß der Staatskrippe belassen mochten.

Seit der Mitte des XIX. Jahrhunderts ging dies aristokratische Idyll in die Brüche. Heute ist das Unterhaus gemischt. Die Wahlreformen erschlossen es erst dem bürgerlichen Mittelstand und dann der Arbeiterschaft. Das Kontingent der M. P.'s vom alten Schlage scheint aber nicht nur an Quantität, sondern auch an Qualität zurückgegangen zu sein. Jedenfalls steht die gentry im zweiten Glied. Bei Kriegsbeginn regierte der gutbürgerliche Asquith; seither hat ihn der fast proletarische Lloyd George verdrängt. Dieser ist Diktator von Gnaden der öffentlichen Meinung ohne Parteichef zu sein. Abgesehen vom Kriegsziel und der Überzeugung, daß nur es verwirklichen kann, hat er mit seiner parlamentarischen Gefolgschaft nichts gemein. Dafür umfaßt sie, so lange er das Mandat hält, den Krieg zu gewinnen, das ganze Parlament bis auf wenige Eigenbrödlern. Erst neuerdings macht sich eine vorsichtige Opposition bemerkbar. Auch sie will die Regierung in allem unterstützen, was sich auf die Kriegführung bezieht, wendet sich aber gegen die post bellum Pläne des Premierministers. Sie gruppiert sich um Asquith, den Lloyd George durch seine Presse bereits angreifen läßt.

Diese Polemik hat mehrere Blätter zu Betrachtungen über den Stand des Parteiwesens angeregt. Sie kommen zum Ergebnis, daß man die Parteien neu mischen muß, um das Spiel wieder in Gang zu bringen.

Disraeli hat das Wort von den zwei Nationen in England geprägt: Arm und Reich, modern ausgedrückt: Arbeit und Kapital. Ein Times-Aufsatz über die Nahrung in der englischen Arbeiterschaft führt aus, daß sich die beiden Nationen heute anders zusammensetzen. Auf der einen Seite stände die organisierte Arbeiterschaft, auf der anderen die gesamte übrige Bevölkerung. Jene denke kollektivistisch, diese individualistisch. Dort verfolge man Standesinteressen, hier patriotische Ziele. Die beiden Nationen ließen sich als Neu- und Altengland bezeichnen. Diese geistreiche Vereinfachung ist gewiß gewaltfam, trifft aber den Kern der innerpolitischen Lage Englands. Es ist gut denkbar, daß eine Neuaufgabe des Zweiparteiensystems auf Grund des Gegensatzes von Alt- und Neuengland zustande kommt. So weit sind wir aber noch nicht.

Zur Klarheit über den jetzigen Zustand und seine Möglichkeiten verhilft uns am schnellsten nachstehendes Schema, das allerdings dem der Times an Gewaltfamkeit nichts nachgibt. Der Demagoge Lloyd George bildet eine Klasse für sich. Die übrigen Mitglieder des Parlaments lassen sich in Junker, Bürger und Arbeiter einteilen. Die Junker haben sich auf den ganzen Sieg und damit auf Lloyd George festgelegt. Es sind Willensmenschen, blind und taub gegen alles, was sie nicht sehen und hören wollen. Anders die Bürger. Das sind Leute der halben Maßregel. Sie wollten die Einkreisungspolitik, aber nicht den Krieg. Jetzt wollen sie den Sieg, aber nicht um jeden Preis. Die Nerven der Junker haben sie nicht. Schließlich die Arbeiter. Sie fühlen sich mit Recht als die kommende Macht. Noch wollen sie den Sieg, aber nebenbei. Ihr Hauptinteresse konzentriert sich auf den Ausbau ihrer Organisation. In beiden Altengland-Parteien macht sich der Gegensatz der Typen bemerkbar, die ich als Junker und Bürger bezeichnet habe. Bezweifeln letztere die Erfolgsmöglichkeit des Premierministers, werden sie für den Verständigungsfrieden sein und sich vermutlich ad hoc zu einer Asquith-Partei zusammenschließen. Die Arbeiter sind Realpolitiker und dürften sich zu Asquith schlagen, sobald sie nicht mehr an den ganzen Sieg glauben. Diese Ausführungen dürfen jedoch nicht dazu verleiten, den Zerfallsprozeß in der Gefolgschaft Lloyd Georges als weit fortgeschritten anzusehen. Noch zeigt die englische öffentliche Meinung eine nahezu geschlossene Front. Sie hat aber Schwachpunkte, die man erkennen und ausnutzen muß. Der Junker ist hoffnungslos. Mit dem Bürger und Arbeiter ist etwas zu machen. Über das Was und Wie äußere ich mich in einem weiteren Bericht."

Am 19. November 1917 kam ich auf meinen Vorschlag vom 2. November, die Presseleitung zu reorganisieren, zurück. „Die Presse sollte im Krieg wie Heer und Flotte ein Machtmittel des Staates sein. Ihre Aufgabe ist es, die Moral im Inland zu stärken und im Ausland zu schwächen. Die innere Entwicklung in den kriegsführenden Ländern beschleunigt sich. Das ist ein natürlicher Vorgang, der nur bei falscher Behandlung ausartet. Bei politischem Takt ist es möglich, innenpolitische Fehden auszufechten, ohne die nationale Geschlossenheit dem Ausland gegenüber preiszugeben. Diesen Takt hat unsere Presse nicht

bewiesen. Das Ausland gewann während der Kanzler-Krise den Eindruck, wir ständen im unblutigen Bürgerkrieg. Das hat seine Siegeszuversicht erhöht. Wir haben also das Gegenteil von Propaganda betrieben. Die Presse hat nach innen und außen versagt.

Daran ist die Regierung nicht unschuldig. Sie hat die Presse im Frieden unterschätzt und ihre Mobilmachung nicht vorbereitet. Als eine Presseleitung während des Krieges improvisiert werden mußte, wurde sie dem dazu nicht berufenen Militär zugeschanzt. So entstanden die Kriegspresseabteilung und die Militärische Stelle beim Auswärtigen Amt, deren Vereinigung ich vorschlug. Die Tätigkeit des Zensors ist negativ. Er verbietet. Zensor und Journalist sind deshalb geborene Feinde. Die Presseleitung soll positiv wirken. Sie regt an. Um etwas zu erreichen, muß sie mit dem Journalisten gut Freund sein. Das ist aber nicht möglich, wenn Presseleitung und Zensur in einer Hand liegen. Die gehlustigen Pferde (die Journalisten) und der Fahrgast (das Publikum) müssen davon überzeugt sein, daß der Kutscher (die Presseleitung) gern schneller führe, wenn der Bremser (die Zensur) es zuließe. Zurzeit ist ein großer Teil der Journalisten über die Oberste Heeresleitung verärgert. Man muß sie nehmen, wie sie sind. Wir Soldaten leiden ihnen gegenüber unter den Fehlern unserer Vorfahren. Die militärische Zensur muß die Oberste Heeresleitung natürlich behalten, die Presseleitung könnte sie an das Reich abgeben.

Hierfür spricht noch ein weit wichtigerer Grund als der oben erörterte. Das beispiellose Vertrauen des deutschen Volkes zur Obersten Heeresleitung muß unbedingt erhalten werden. Heute gibt es ihr gegenüber keine Parteien. Das würde von dem Augenblick anders werden, in dem ein Teil des Volkes die Überzeugung gewänne, daß sich die D. S. L. in den Parteikampf einbeziehen ließ. Diese Überzeugung könnte sich nur auf Trugschlüssen aufbauen, wäre deshalb aber nicht weniger verhängnisvoll. Daß diese Gefahr vorliegt, hat sich während der Kanzlerkrise gezeigt. Je weniger Berührungspunkte mit der inneren Politik übrig bleiben, desto besser. Das Abschieben der Presseleitung würde den gefährlichsten aus der Welt schaffen.

Das geht natürlich nicht von heute auf morgen. Die neue Presseabteilung muß sich aber von ihrer Geburtsstunde ab als bürgerliche Stelle fühlen und verhalten. Viel wichtiger als die Organisation ist der Geist der Presseleitung. Die Presse ist eine moderne Maschine, die auf altmodische Behandlung nicht reagiert. Sie läßt sich nicht kommandieren. Wer sie für sich einspannen will, muß sie zum Verbündeten gewinnen. Hat sich der Staatsmann eine Linie gezogen, kann er die Presse auf sie ansetzen, wenn er ihr das Gefühl freiwilliger und verantwortlicher Mitarbeit beibringt. Parteipolitischen Spielraum muß er ihr selbstredend lassen. Bei diesem Verfahren werden unsere Journalisten allmählich lernen, sich auf zwei Stockwerken zu betätigen, dem parteipolitischen und dem nationalen. Ohne Konzessionen an ihre von der unsrigen abweichenden Weltanschauung wird es nicht abgehen. Der Erfolg ist aber damit nicht zu teuer bezahlt.“

Diese Anregungen gingen über meine ressortmäßige Zuständigkeit hinaus. Derartiges durfte man sich, obgleich mir ziemliche Elbogensfreiheit gelassen wurde, nur ausnahmsweise erlauben. Ich verschleierte deshalb, so weit

sich das machen ließ, meine Anregungen für in der Heimat zu treffende Maßnahmen, indem ich über die entsprechenden in England berichtete. Neben dem schon erwähnten Hilfsoffizier für Amerika hatte ich einen zweiten für England. Er war ein Mann von vielseitiger Begabung, außerordentlicher Arbeitskraft und gesundem Urteil. Die wirtschaftlichen Verhältnisse von England, Frankreich und Deutschland waren ihm aus eigener Anschauung bekannt. Er hatte die Auslandspresse auf militärische Nachrichten über England hin zu lesen und die gesammelten Notizen allabendlich an die Abteilung Fremde Heere zu schicken. Außerdem bearbeitete er die wirtschaftliche Lage Englands und schrieb über sie Berichte, die von bleibendem Wert sein dürften. Sie gingen an das Kriegsministerium, Kriegsamt und Reichswirtschaftsamt. Solche, die mir für meine Zwecke geeignet erschienen, versah ich mit einem kurzen Kommentar und ließ sie als Militärberichte abgehen. Als Beispiel für eine verkappte Anregung gebe ich inhaltlich wieder, was ich am 20. November 1917 einem Bericht meines Hilfsoffiziers über das englische Wirtschaftsamt vorausschickte. „Die Frage der Übergangswirtschaft steht in allen kriegsführenden Ländern auf der Tagesordnung. Man kann sich jetzt ein allgemeines Bild davon machen, wie sie in England aufgefaßt wird. Für die Vorbereitung der Übergangswirtschaft besteht dort ein besonderes Ministerium. Es hat vorläufig nur die Aufgabe, Richtlinien festzulegen. Die Übertragung der Theorie in die Praxis ist den Abteilungen für Übergangswirtschaft in den Ressortministerien vorbehalten. Das Programm des Wirtschaftsamts steht auf offener Bühne. Dadurch wird verhindert, daß sich eine Interessengruppe zum Nachteil der übrigen durchsetzt. Hinter den Kulissen des Munitionsministeriums würden z. B. die Heereslieferanten das große Wort führen. Mitarbeiter des Wirtschaftsamtes sind Ausschüsse, in denen Regierung, Parlament, Produzenten und Konsumenten vertreten sind. Also das ganze Volk. Das Programm soll als Kraftresultante aller vorliegenden Wünsche und Erfahrungen entstehen. Dadurch hofft man die unvermeidlichen Reibungen der post bellum Periode auf das Mindestmaß zu beschränken. Das Nähere ergibt die Anlage. Für die Allgemeinheit sind zwei Feststellungen zu machen. Erstens, daß man in England von der Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation des gesamten Wirtschaftslebens durchdrungen ist. Zweitens, daß das britische Volk den praktischen Fragen des Wirtschaftslebens ein viel größeres Interesse entgegenbringt, als den theoretischen der Regierungstechnik. Letztere ist ihm gleichgültig, solange es hofft, daß ihm die Regierung zum Siege verhilft. Noch wichtiger als der Sieg ist jedoch den breiten Massen die Sicherung ihrer wirtschaftlichen Zukunft. Nur so lange sie im Sieg deren Vorbedingung erblicken, werden sie durchhalten.“

(Fortsetzung folgt.)

